

# Inhalt

## Vorwort — V

Abkürzungsverzeichnis — 37

### A Hinführung — 1

- I Problemaufriss: Beschuldigtenstellung als vergessene Rechtsposition — 1
  - 1 Normative „Baustelle“: Fehlende Legaldefinition des Schlüsselbegriffs — 4
  - 2 Praktische „Baustelle“: Realitätsferne der Beschuldigtendefinition — 6
  - 3 Dogmatische „Baustelle“: Schwacher Schutz durch Allgemeinplätze — 8
  - 4 Faktische „Baustelle“: Effektivität der Strafverfolgung als Gegenspieler der Beschuldigtengleichstellung — 9
  - 5 Soziologisch-interdisziplinäre „Baustelle“: Kommunikation und Rollenautonomie als vergessene Leitprinzipien des Strafverfahrens — 12
  - 6 Sprachpsychologische „Baustelle“: Narrative und Sprachverhexungen — 14
  - 7 Zwischenfazit: Recht auf Beschuldigung als Systemfrage — 18

### II Gang der Abhandlung — 18

- 1 Recht auf Beschuldigung als Verfahrensrolle: Beschuldigtenstellung als Zirkelschluss — 19
- 2 Recht auf Beschuldigung als Verfahrensstatus: Verfahrensbalance durch kommunikative Autonomie — 20
- 3 Das hypothetische Recht auf Beschuldigung *de lege ferenda* — 22
- 4 Schlussbetrachtungen — 23

### B Anspruch und Hoffnung — 23

## Teil 1 – Das Recht auf Beschuldigung als Verfahrensrolle:

### Beschuldigtenstellung als Zirkelschluss — 27

Abschnitt 1: Interdisziplinarität als Chance für die Rechtsdogmatik — 27

### A Methodik der Näherung — 27

- I Pluralismus der Methoden — 28
  - 1 Besonderheiten des Rechtsvergleichs — 28

2	Soziologische, psychologische und philosophische Ansätze	— 29
a)	Gefahr der Banalisierung	— 30
b)	Gefahr der Nutzlosigkeit	— 32
II	Näherungsansätze der Soziologie als Zugewinn für die Rechtsdogmatik	— 33
1	Bedeutsame Deutungsansätze der Soziologie	— 37
a)	Funktionalistische Ansätze	— 37
b)	Konfliktansätze	— 40
c)	Interaktionistische Ansätze	— 43
2	Hemmisse und Stolpersteine der Interdisziplinarität	— 44
a)	Inkommensurabilitätsthese	— 45
b)	Linguistischer Relativismus	— 45
c)	Geschlossene Systeme: Autopoiesis	— 47
3	Zwischenfazit: Keine Chance für die Interdisziplinarität?	— 48
4	Kritik an der Kritik: Ausflucht statt Lösung	— 48
a)	Bestehende Interdisziplinarität des Rechts	— 49
b)	Nicht-Bestehende Geschlossenheit des Rechts	— 50
5	Versuch des Ausgleichs: Konstruktivistische Methode	— 51
III	Zwischenfazit: Interdisziplinarität als Chance	— 54
1	Strukturelle Unfähigkeit des Einzelnen zur Interdisziplinarität	— 54
2	Strukturelle Überforderung des Rechts mit der „Meta-Ebene“	— 55
3	Gedankenexperiment: Versuchsaufbau des „Affenkäfigs“	— 57
a)	Auswertung des Gedankenexperiments	— 58
b)	Implikation der Erkenntnisse für das Strafverfahren	— 64
B	Zusammenfassung Abschnitt 1	— 66
Abschnitt 2: Der Weg zur Beschuldigung — 67		
A	Recht auf Beschuldigung als rechtsstaatliche Mindestanforderung	— 68
I	Beschuldigung als Dreh- und Angelpunkt des Strafverfahrens	— 68
1	Vorprägung durch das Ermittlungsverfahren	— 69
2	Vorbelastung durch das Ermittlungsverfahren	— 71
II	Zwischenfazit: Beschuldigung entscheidet über das Strafverfahren	— 73
B	Der Beschuldigtenbegriff im deutschen Recht	— 73
I	Objektive Beschuldigtendefinition	— 75
1	Unvereinbarkeit mit der Existenz des tatverdächtigen Zeugen	— 75
2	Unzulänglichkeit der „automatischen“ Inkulpation	— 77

3	Zwischenfazit: Unvollkommenheit der objektiven Beschuldigtendefinition — <b>78</b>
II	Subjektive Beschuldigtendefinition — <b>79</b>
1	Inkulpationskraft privater Anzeigen — <b>80</b>
2	Inkulpationskraft des Richters — <b>83</b>
3	Subjektive Theorie als Verstoß gegen § 152 Abs. 2 StPO — <b>86</b>
4	Zwischenfazit: Unvollkommenheit der subjektiven Beschuldigtendefinition — <b>86</b>
III	Gemischt objektiv-subjektive Beschuldigtendefinition — <b>86</b>
1	Grundaussage — <b>87</b>
2	Überhang subjektiver Elemente — <b>88</b>
3	BGHSt 10, 8 als untaugliche Referenz — <b>89</b>
4	Definition des Mitbeschuldigtenbegriffs — <b>92</b>
5	(Hypothetische) Eignung der gemischt objektiv-subjektiven Definition — <b>93</b>
a)	Relativierung des Inkulpationswillens durch die Rechtsprechung — <b>94</b>
b)	Redundanz des Inkulpationswillens im Nebenstrafrecht — <b>96</b>
c)	Rückschluss auf fingierten Inkulpationswillen — <b>97</b>
6	Gemischt objektiv-subjektiver Beschuldigtenbegriff als Zirkelschluss — <b>98</b>
a)	Dopplung subjektiver Elemente — <b>99</b>
b)	Angeblicher Ausweg über die Auslagerung des Tatverdachts — <b>100</b>
7	Zwischenfazit: Beschuldigtenbegriff in der Definitionssackgasse — <b>101</b>
C	Auswirkungen der fehlerhaften Beschuldigtendefinition — <b>103</b>
I	Grenzfälle und Fälle an der Grenze — <b>103</b>
1	Informatorische Befragungen — <b>104</b>
a)	Vermischung von Ursache und Folge der Befragung — <b>105</b>
b)	Vermischung von Gefahr und Verdacht — <b>108</b>
c)	Vermischung von Verbrechenvorbeugung und Strafverfolgungsvorsorge — <b>109</b>
d)	Unmöglichkeit des Rollenwechsels in der Befragung — <b>111</b>
e)	Zwischenfazit: Beschuldigtenbegriff versagt bei informatorischen Befragungen — <b>112</b>
2	Spontanäußerungen — <b>113</b>
a)	Grundsätzliche rechtliche Einordnung — <b>114</b>
b)	Ungeeignetheit mehraktiger Definitionen für flexible Lebenssachverhalte — <b>114</b>

- c) Zwischenfazit: Beschuldigtenbegriff versagt bei Spontanäußerungen — 115
  - 3 Vorfeldermittlungen — 115
    - a) Vermischung von präventiver und repressiver Ermittlung — 116
    - b) Nichteinschreiten als strafbare Handlung — 118
    - c) Zwischenfazit: Beschuldigtenbegriff versagt bei Vorfeldermittlungen — 122
  - 4 Heimliche Ermittlungen — 122
    - a) Paradigmenwechsel der Aufgaben der Strafverfolgung — 124
    - b) Hochzonen des „Risikos“ — 127
    - c) Durchforschung weiter Bereiche des Privatlebens — 130
    - d) Kapitulation des Beschuldigtenbegriffs — 132
    - e) Umdenken der tatgerichtlichen Rechtsprechung — 134
  - 5 Verdeckte Ermittlungen und Tatprovokation — 135
    - a) Verdeckte Ermittler — 136
    - b) V-Person — 136
    - c) Rechtliche Einbettung — 139
    - d) Sonderfall: Tatprovokation — 141
    - e) Unzulässiges „Herausdefinieren“ aus der Belehrungsverpflichtung — 143
    - f) Vermischung von Ursache und Folge — 144
    - g) *Nemo-tenetur* lediglich Notnagel — 146
    - h) Zwischenfazit: Beschuldigtenbegriff versagt bei heimlichen und verdeckten Ermittlungsmaßnahmen — 147
- II Grenzfälle werden mittels Beschuldigtendefinition zu Problemfällen — 147
- D Zusammenfassung Abschnitt 2 — 147
- Abschnitt 3: Strafverfolgung aus sozialpsychologischer Sicht — 150
- A Der Teufelskreis aus Arbeitshypothese, Aktenvermerk und Tatverdacht — 150
- I Strafverfolgung in der Autopoiesis — 151
- 1 Arbeitshypothesen als Einbildung — 153
- 2 Hypothesen im Strudel von Inertia- und Perseveranzeffekten — 155
- a) Von Mustereinbildungen, Rückschaufehlern und Absurditätshörigkeit — 157
- aa) Cluster-Illusionen und Rückschaufehler — 160

bb) Absurditätshörigkeit und Wirklichkeitskonstruktion — 163
b) Von Dissonanzen und Balanceakten — 164
c) Von Schulterschlüssen, Ankerheurismen und Pygmalion — 165
3 Schulterschlussphänomene in anderen Rechtsordnungen — 168
a) Strafverfolgung in Japan: Präzisionsjustiz — 168
b) Strafverfolgung in Frankreich: „Doppelt hält besser“ — 171
c) Strafverfolgung in der Schweiz: „Kontrollprozess“ — 173
d) Zwischenfazit: Perseveranz kein deutsches Spezifikum — 175
4 Wahrnehmungsprozesse und Fehlvorstellungen der Meinungsbildung — 177
a) Abhängigkeit des Urteils von Erfahrungen — 179
b) Abhängigkeit des Urteils von Erwartungen — 180
5 Zwischenfazit: (Ein-)Bildung, (Vor-)Urteile und (Fehl-)Interpretation — 182
II Sprache als Mittel der Vorverurteilung — 184
1 Sprechakttheoretische Erkenntnisse — 186
2 Sprachspiele und Sprachverhexungen — 191
a) Sprache als Grenze des Bewusstseins ( <i>Wittgenstein</i> ) — 192
b) Sprache als Stolperstein juristischen Denkens — 196
aa) Wortwahlwechsel als Wirklichkeitsaliud — 197
bb) Rechtswissenschaft als sprachhermeneutischer Irrgarten — 200
cc) Definitionsmacht als Konstruktion von Delinquenz — 202
dd) Akteneintrag als „bessere Lüge“ — 204
3 Zwischenfazit: Strafverfahren als Sprachwirrwarr und Sprachverhexung — 207
III Tatverdacht als <i>pars pro toto</i> der Wahrnehmungsfehlinterpretation — 208
1 Definitionsversuche des Verdachts — 209
a) Definitorische Unschärfe des Verdachtsbegriffs — 210
b) Tatverdacht als Messinstrument und Prognosefaktor — 212
2 Psycho-soziale Unschärfen des Verdachts — 214
3 Zwischenfazit: Verdacht als konstruierte Subjektivität — 215
B Zusammenfassung Abschnitt 3 — 216
Abschnitt 4: Verfolgungsakteure aus mehrfunktionaler Perspektive — 217
A Das Legalitätsprinzip — 217

- I Legalitätsprinzip als Auslöser von Ermittlungen — 219
  - 1 Zweck des Ermittlungsverfahrens — 220
    - a) Auslegung der einschlägigen Vorschriften — 220
    - b) Ergebnis: Ausermittlung und Überführung als Ziel des Ermittlungsverfahrens — 222
  - 2 Grenzen des Legalitätsprinzips — 223
  - 3 Bedeutungsverlust des Legalitätsprinzips — 224
- II Zwischenfazit: Legalitätsprinzip unabdingbar — 226
- B Akteure der Beschuldigung: Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Opfer, Medien — 226
  - I Stellung der Polizei: „Freund und Inkulpator“ — 228
    - 1 Institution mit der Lizenz zur Gewalt: Konflikttheoretische Perspektive — 229
      - a) Cop Culture und „Polizistenunkultur“ — 231
      - b) Auswirkungen auf Ermittlungsarbeit und Strafverfahren — 232
      - c) Fehlvorstellungen über Aussageinhalte — 235
    - 2 Polizeiliche Deformationen als Menetekel der Justiz: Funktionale Betrachtung — 237
      - a) Verschobene Funktionen von Staatsanwaltschaft und Polizei — 237
      - b) Vorentscheidung des Verfahrens über den Aktenvermerk — 238
    - 3 Fehlerhafte Polizeiarbeit als Symptom: Interaktionistische Betrachtung — 239
      - a) „Handarbeiter“ gegen „Kopfarbeiter“ — 240
      - b) Gewaltmonopol und „Jagdfieber“ — 241
    - 4 Polizei als kleines Rädchen: Konstruktivistische Näherung — 242
      - a) Cop Culture als Symptom der Überforderung — 243
      - b) Verantwortungsauslagerung der Staatsanwaltschaft — 245
    - 5 Zwischenfazit: Schutz vor dem „Freund und Helfer“ — 246
  - II Staatsanwaltschaft zwischen den Stühlen: Kassieren oder Blamieren — 247
    - 1 Stellung der Staatsanwaltschaft: Systemtheoretische Sicht — 248
      - a) Faktische Herrschaft der Polizei im Ermittlungsverfahren — 249
      - b) „Verpolizeilichung“ der Staatsanwaltschaft — 250
    - 2 Staatsanwaltschaft als Wahrheitskommission: Konflikttheoretische Betrachtung — 251

- 3 Zwischenfazit: Staatsanwaltschaft als „Scharnier und Puffer“ — 253
- III Der Richter als Verstetigung der Inkulpation — 255
  - 1 Der Richter als Institution: Funktionale Betrachtung — 256
    - a) Die Illusion von *Richter Herkules* — 256
    - b) Chimäre der absoluten Unabhängigkeit und Unparteilichkeit — 258
  - 2 Der Richter als Gefangener: Interaktionistische Perspektive — 261
    - a) Kompetenzillusion — 261
    - b) Reduktion von Komplexität — 263
    - c) Urteilsheuristiken — 264
    - d) Menschenkenntnis, *Halo-Effekt* und Aussagepsychologie — 265
    - e) Vorbeifassung im Vorverfahren: Ironische Prozesse und Parteilichkeit — 268
      - aa) „Ironische Prozesse“ — 270
      - bb) Parteilichkeit durch doppelfunktionales Auftreten — 271
  - 3 Uneinsichtigkeit und Blockadehaltung der Gerichte — 273
    - a) Aussagepsychologische Unkenntnisse — 274
    - b) Schizophrenie der Kritiker — 275
  - 4 Der Richters als institutionalisierte Wahrnehmungsverzerrung: Konflikttheoretische Perspektive — 276
    - a) Machtrausch und Psychopathie? — 277
    - b) Psychosoziale Überforderung — 278
    - c) „Versöhnliche“ Conclusio — 279
  - 5 Zwischenfazit: Der Richter als Opfer der Wahrnehmungsverzerrung — 279
- IV Das Opfer als Hindernis rationaler Beschuldigung — 281
  - 1 Das Opfer als „Zentralfigur“: Konflikt- und rollentheoretische Perspektive — 282
    - a) Moralisches *Empowerment* der Opferstellung — 282
    - b) Rechtliches *Empowerment* des Opfers in Deutschland — 283
    - c) Internationale Bezüge der Opferbesserstellung — 285
    - d) Bewertung der Entwicklungen — 288
  - 2 Psychosoziale Verzerrung: Interaktionistische und konstruktivistische Sicht — 290
    - a) Der Mythos der „Zweitviktimalisierung“ — 290
    - b) Der Mythos der „Opferwahrheit“ — 292
    - c) Der Mythos von „Empathie und Rache“ — 294

d)	Der Mythos von der Wahrung der Unschuldsvermutung — 296
3	Zwischenfazit: Opfer als Widerpart justizförmiger Strafverfolgung — 297
V	Die Medien als „ungezähmte“ Öffentlichkeit — 297
1	„Medienprozesse“: Funktionale Betrachtung — 299
a)	Einbeziehung „prominenter“ Persönlichkeiten — 300
b)	Einbeziehung „prominenter“ Taten — 301
2	Strukturwandel der Medien: Interaktionistische Sicht — 302
a)	Verflachung und Verfälschung — 303
b)	Skandal als Substitut der Redlichkeit — 304
3	Grundrechtsdreiecke und Medienpartizipation: Rechtliche und konflikttheoretische Betrachtung — 305
a)	Leistungs- und Drittverhältnisse — 305
b)	Rechtliche Implikationen in Bezug auf die Beschuldigtenstellung — 307
c)	Berichterstattung in der Schweiz — 310
4	Zwischenfazit: Medien als öffentlicher Pranger — 311
C	Zusammenfassung Abschnitt 4 — 311

#### Gesamtergebnisse Teil 1: Beschuldigung als Zirkelschluss — 313

I	Rolle der Beschuldigung — 313
II	Interdisziplinarität — 313
III	Beschuldigtenbegriffe — 315
IV	Sozialpsychologische Faktoren der Strafverfolgung — 316
V	Akteure der Beschuldigung — 318
VI	Ausblick — 320

#### Teil 2 – Recht auf Beschuldigung als Verfahrensstatus: Verfahrensbalance durch kommunikative Autonomie — 321

A	Verfahrensbalance durch Kommunikationsbalance — 321
B	Gang der Abhandlung in Teil 2 — 322

#### Abschnitt 1: Rechtstheoretischer Unterbau der Gerechtigkeit und Gleichheit des Verfahrens — 324

A	Strafverfahren als Gegenmodell der Gleichheit — 328
I	Fehlende Ausgeglichenheit der Akteure — 328
II	Fehlende Ausgeglichenheit der Strafverfolgungszwecke — 330
III	Fehlende Ausgeglichenheit der Strafverfolgungspolitik — 333
1	Hypertrophie der Prävention — 333

- 2 Punitivitäts- und Strafbarkeitsspiralen — 334
- IV Zwischenfazit: Fehlende Ausgeglichenheit als Verfahrensprinzip — 335
- B Abstrakte Modelle der Gerechtigkeit und Fairness — 336
- I Verfahrensgerechtigkeit nach *Habermas*: Diskurstheoretische Perspektive — 336
  - II Legitimation durch Verfahren nach *Luhmann*: Systemtheoretisch-operative Perspektive — 340
  - III Theorie der Gerechtigkeit nach *Rawls*: Der *procedural-justice* Ansatz — 341
  - IV Kritik der Modelle: Fiktionen und Utopien — 343
    - 1 *Habermas'* „romantischer Redekreis“: Nichterfüllbarkeit der Diskurssituation — 344
      - a) Auslegung durch *Alexy* — 346
      - b) Auslegung durch *Jahn* — 347
      - c) Eigene Bewertung: Konsens als Modell der Zukunft — 349
        - aa) Ideale als Zielsubstitute — 349
        - bb) Ideale als Verfahrensoptimierung — 350
        - cc) Konsens als Modell der Zukunft — 351
        - dd) Performativer Widerspruch der Kritiker — 351
      - d) *Quod erat demonstrandum*: Wer leugnet, gewinnt (nicht) — 353
    - 2 *Luhmanns* Supertheorie: Lerneffekte als *outside noises* des Strafverfahrens — 353
      - a) Lediglich diagnostischer Mehrwert — 353
      - b) Supertheorie galaktischer Abstraktion — 355
    - 3 *Rawls'* utopisches Denkmodell: Umsetzungsfeindliches Glasperlenspiel — 356
    - 4 Zwischenfazit: Prozedurale Lösungen vorzugswürdig — 357

C Anschlussfähige Modelle: Partizipation, Kompensation, Realismus, Dialektik — 358

    - I Partizipatorisches Verfahren nach *Jahn* — 359
      - 1 Kritik: Terminologische Offenheit und Aushöhlung der Hauptverhandlung — 361
        - a) Terminologische Offenheit — 361
        - b) Aushöhlung der Hauptverhandlung — 362
          - aa) Eigentlich: Sorge um die materielle Wahrheit — 362
          - bb) Gleichwohl: Fiktionen mit dem inquisitorischen Verfahrensmodell — 363
        - c) Partizipation gleich Kompensation — 365
      - 2 *Due Process* nach *Packer* — 365

- 3 „Demokratischer Prozess“ und Laienbeteiligung — 367
- 4 Konsensmaxime nach *Weßlau* — 368
  - a) Konsens nicht zwingend konsensual — 369
  - b) Veränderung der Verfahrensstruktur durch konsensuale Elemente — 370
  - c) Definitionsverwirrungen als Hindernis der Rezeption — 372
- II Das kompensatorische Verfahren nach *Schünemann* — 373
  - a) Fehlerreflexion als Antrieb — 373
  - b) Philosophische Zementierung der Wahrheitssuche (*Greco*) — 374
- III „Realistische“ Theorie des Strafverfahrens nach *Salas* — 375
  - 1 Destruktion des *status quo* — 376
  - 2 Fehlende Konstruktion *de lege ferenda* — 377
  - 3 Interdisziplinarität als Leitmotiv der Verfahrensoptimierung — 378
- IV Dialektisch-interaktives Modell nach *Demko* — 379
  - 1 Recht auf Verteidigung als Recht auf Antithese — 379
  - 2 Regelgerechtigkeit und *procedural-justice* Ansatz — 380
  - 3 Kritische Würdigung der „kommunikativen Deutung“ — 381
    - a) Kommunikationszusammenhang statt Sprachforschung — 382
    - b) Verfahrensgerechtigkeit statt Gerechtigkeit des Verfahrens — 384
      - aa) Konsens ungleich Konfrontation — 384
      - bb) Paternalismus ungleich Liberalismus — 385
      - cc) Gerechtigkeit durch Verfahren nicht Verfahrensgerechtigkeit — 386
    - c) Rekonstruierte statt intersubjektiver Wahrheitstheorien — 387
    - d) Erschöpfung in Partizipation durch rechtliches Gehör — 388
  - 4 Zwischenfazit: Kein Modell der Kommunikation — 389
- D Fazit des ersten Abschnitts: Gerechtigkeit und Gleichheit als Grundlagen der Verfahrensbalance — 391

Abschnitt 2: Recht auf Beschuldigung als Recht auf Verfahrensbalance durch Stärkung der kommunikativen Autonomie – *eigener Ansatz* — 393

- A Erkenntnisrahmen des Radikalen Konstruktivismus — 394
  - I Wirklichkeit als individuelle Konstruktion — 395
  - II Viabilität als Ersatz ontologischer Wirklichkeiten — 397
    - 1 Wirklichkeit unterschiedlicher „Ordnungen“ — 398

- 2 Holistische Belegbarkeit der Viabilität — 399
  - 3 „Radikalität“ des Radikalen Konstruktivismus — 400
- B Sozio-Psychologischer Unterbau des Konzepts der kommunikativen Autonomie — 401
- I Zwangskommunikation: Kommunikative Entmündigung und Wehrlosstellung des Beschuldigten — 403
    - 1 Zwangskommunikative Elemente des Strafverfahrens — 404
    - 2 Kommunikative Entmündigung durch zerbrochenen Diskurs — 406
  - II Kommunikative Autonomie als rechtliches Anspruchskonzept — 408
    - 1 Kommunikative Autonomie als Anspruch auf kontingentes Feedback — 408
      - a) Verfälschtes Feedback als Manipulationsinstrument — 409
      - b) Diskurse in der Meta-Welt — 409
      - c) Vernehmungssituationen als Meta-Diskurse — 410
    - 2 Kommunikative Autonomie als Anspruch auf Geheimnis — 411
      - a) Kommunikation als Ausdruck des Mensch-Seins — 411
      - b) Geheimnisse als Schutz vor Entmündigung — 413
      - c) Autonomie als Anspruch auf Kommunikationsverweigerung — 414
      - d) Verkennung dieser Prämissen durch Wissenschaft und Praxis — 415
    - 3 Kommunikative Autonomie als Anspruch auf kommunikative Beteiligung — 417
      - a) Kommunikative Autonomie als Wahrer der Verfahrensempathie — 417
      - b) Kommunikative Autonomie als Schutz vor Reaktanz — 419
    - 4 Zwischenfazit: Kommunikative Autonomie als effektives Schutzkonzept — 420
  - III Kritik am Konzept der kommunikativen Autonomie — 420
    - 1 Benachteiligung des Unkommunikativen — 421
    - 2 Fehlende Praktikabilität der Autonomie — 422
    - 3 Heraufbeschwörung des „romantischen Redekreises“ — 422
  - IV Replik: Kommunikative Autonomie als Lückenfüller — 423
    - 1 Interaktionistische Perspektive: Reziprozität als Gerechtigkeitsvehikel — 423
    - 2 Konfliktheoretische Perspektive: Verobjektivierung des Meta-Konfliktes — 426
    - 3 Konstruktivistische Perspektive: Kommunikative Autonomie als Schutz der Verfahrenswahrheit — 427

V	Zwischenfazit: Konzept der kommunikativen Autonomie als „realistisches Kommunikationsmodell“	— 428
C	Zusammenfassung Abschnitt 2	— 430
Abschnitt 3: Recht auf Beschuldigung in Bezug zur Waffengleichheit — 433		
A	Ideal der Waffengleichheit als erster Mosaikstein der Verfahrensbalance	— 433
I	Ursprung und Inhalt des Prinzips der Waffengleichheit	— 435
1	Das <i>fair trial</i> Prinzip	— 436
a)	Ursprünge und Inhalt des <i>fair trial</i>	— 437
aa)	Fairness gleich Verfahrensgerechtigkeit	— 438
bb)	Rahmenrecht und Einzelrechte	— 440
b)	Prüfung des Fairnessverstoßes durch Gesamtbetrachtung	— 440
aa)	Traditionsbruch mit der Grundrechteprüfung	— 441
bb)	Keine Notwendigkeit der Nationalzentrismus	— 442
cc)	Verhältnis zu Art. 3 GG	— 443
dd)	Eigenständige Implementierung als Verfahrensgrundrecht	— 444
2	Waffengleichheit als Ausformung	— 445
II	Waffengleichheit und deutscher „Inquisitionsprozess“	— 447
1	Inquisition und Adversation als Stereotypen	— 448
2	Existenz der Waffengleichheit in beiden Modellen	— 450
III	Zwischenfazit: Waffengleichheit als prozeduraler Ausgleichsmechanismus	— 451
B	Waffengleichheit und die Achtung der Menschenwürde	— 452
I	Subjektstellung des Beschuldigten als unveräußerlicher Kern	— 452
1	Definitionsversuche des Schutzbereichs der Menschenwürde	— 454
a)	Positive Definitionen	— 454
b)	Biologisch-moralische Deutungen	— 455
c)	Menschenwürde im Europarecht und der EMRK	— 456
d)	Unnahbarkeitsdeutungen	— 457
e)	Objektformel (nach Dürig)	— 457
2	Zusammenfügung der Definitionen	— 459
II	Objekt und Subjekt in der Beschuldigtenformel	— 460
1	Beschuldigtenrolle nach Pawlik	— 462
2	Menschenwürde und kommunikative Autonomie	— 463
3	Beziehung von Menschenwürde und Waffengleichheit	— 463

- III Zwischenfazit: Menschenwürde als objektiv-rechtliches Fundament der Waffengleichheit — 465
- C Waffengleichheit angesichts der Europäisierung der Strafverfolgung — 465
- I Verteidigung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts — 467
  - II Prinzip der gegenseitigen Anerkennung — 470
    - 1 Inhalt und Ausgestaltung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung — 471
      - a) Die Europäische Gemeinschaft vor dem Vertrag von Lissabon — 472
      - b) „Metaphorische“ Beibehaltung der Säulen in der Europäischen Union — 473
    - 2 Kritische Würdigung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung — 474
    - 3 Versuch der Abwägung — 479
      - a) Widerlegung einzelner Kritikpunkte — 480
      - b) Teilweise Zustimmung zur Kritik — 482
    - 4 Zwischenfazit: Gegenseitige Anerkennung als neutraler Mechanismus — 484
  - III EuGH und EGMR als Wahrer der Waffengleichheit — 485
    - 1 Unterschiedliche Aufgaben = unterschiedliche „Waffengleichheiten“? — 485
    - 2 Unionsrechtliches Verständnis der Waffengleichheit — 487
    - 3 Mögliche Neuorientierung durch den EMRK-Beitritt der EU — 488
      - a) Rangveränderung der EMRK — 489
      - b) Änderung des Rangverhältnis von EuGH und EGMR — 492
      - c) Rechtslage in der Schwebe — 494
  - IV Zwischenfazit: Waffengleichheit als national, unional und menschenrechtlich differenzierter Mechanismus — 494
- D Fazit des Abschnitt 3: Waffengleichheit als universeller Bestandteil der Verfahrensbalance — 494

Abschnitt 4: Vernehmung als Paradigma der Ungleichheit – Rechtliches Gehör und die Freiheit von Täuschung und Zwang als weitere Bausteine der kommunikativen Autonomie — 497

- A Ungleichheit als Strukturprinzip der Vernehmung — 497
- I Anspruch auf Rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG — 500
    - 1 Schutzbereich des Anspruchs auf rechtliches Gehör — 500
      - a) Inhalt: Kommunikative Beteiligung am Verfahren — 501

- b) Recht auf Information, Replik und Rücksichtnahme — **502**
  - c) Fundamentalnorm der kommunikativen Autonomie — **504**
  - 2 Anwendbarkeit für das Ermittlungsverfahren — **506**
    - a) Einbeziehung des Ermittlungsverfahrens aus menschenrechtlichen Erwägungen — **507**
    - b) Trennung in staatsanwaltliche und ermittlungsrichterliche Maßnahmen — **508**
  - 3 Korrektur aufgrund des Konzepts der kommunikativen Autonomie — **510**
- II Zwischenfazit: Rechtliches Gehör als Garant der Verfahrensbalance — **512**
- B Vernehmung als Deutungsproblem — **513**
- I Polizeiliche und staatsanwaltliche Vernehmung als Verstoß gegen die Verfahrensbalance — **513**
    - 1 Ort der Vernehmung — **514**
    - 2 Vernehmung zur Person und zur Sache — **514**
  - II Bedeutung von Belehrung und Vernehmung — **516**
    - 1 Vernehmungszwecke: Spiegelbild der Ermittlungsphilosophie — **516**
      - a) Vielzahl an Zwecken — **516**
        - aa) Vernehmung als Möglichkeit zur Verteidigung — **517**
        - bb) Vernehmung als Gewährung rechtlichen Gehörs — **518**
        - cc) Vernehmung als Mittel zur Sachaufklärung — **519**
        - dd) Vernehmung als Mittel zur Wahrheitsfindung — **520**
      - b) Inkulpative Ausrichtung der Vernehmungszwecke — **521**
    - 2 Vernehmungsbegriffe: Spiegelbild der Beschuldigtenbegriffe — **521**
      - a) Formeller Vernehmungsbegriff — **521**
      - b) Materieller/Funktionaler Vernehmungsbegriff — **523**
      - c) Abweichende Terminologien — **524**
      - d) Würdigung der Aufteilung: Anwendung in der Hörfallen-Konstellation — **526**
        - aa) Anwendung auf die „Hörfalle“ — **526**
        - bb) Stellungnahme: Vermischung von Ursache und Folge — **527**
      - e) Zwischenfazit: Formeller Vernehmungsbegriff stört Verfahrensgleichheit — **529**
    - 3 Verknüpfung mit dem Beschuldigtenbegriff — **530**
      - a) Vernehmung folgt Beschuldigung: Akzessorität der Vernehmung — **530**

- b) Enger Vernehmungsbegriff verzögert Eintritt in die Beschuldigtenstellung — 531
- C Zeitpunkt von Vernehmung, Belehrung und Eröffnung der Beschuldigteneigenschaft — 533
  - I Autonome Stellung der Eröffnung der Beschuldigteneigenschaft — 534
    - 1 Aus der Unschuldsvermutung, der Inkulpationspflicht oder Art. 6 EMRK — 534
    - 2 Stattdessen: Herleitung aus Art. 103 Abs. 1 GG. — 536
  - II Zeitpunkt der Vernehmung — 537
  - III Zeitpunkt der Belehrung — 539
  - IV Zeitpunkt der Eröffnung des Beschuldigtenstatus — 540
    - 1 Zeitpunkt mit Beginn der Selbstbezeichnung — 542
    - 2 Zeitpunkt nach Betätigung des Inkulpationswillens — 543
    - 3 Zeitpunkt aus den Wertungen des Art. 6 Abs. 1 und 3 lit. a EMRK — 544
    - 4 Vorschlag des AE-EV — 546
    - 5 Belehrung und Vernehmung in der Schweiz und in Österreich — 546
    - 6 Stattdessen: Zeitpunkt aus dem Beschuldigtenbegriff — 547
  - V Zwischenfazit: Getrennte Zeitpunkte von Vernehmung, Belehrung und Eröffnung der Beschuldigteneigenschaft — 548
- D Vollzug der Vernehmung als kommunikative Entmündigung — 549
  - I Kriminalistische List als Paradebeispiel der Zwangskommunikation — 550
    - 1 List als erlaubtes Mittel — 551
    - 2 Recht auf Freiheit von Täuschung? — 552
    - 3 Behaupteter Unterschied zwischen Täuschung und List — 553
  - II Freiheit von Täuschung und Zwang, § 136a StPO, als Baustein der kommunikativen Autonomie — 554
    - 1 Anwendungsbereich des § 136a StPO — 555
    - 2 Kriminalistische List als Täuschung i.S.d. § 136a StPO? — 557
      - a) Auslegung des Merkmals der Täuschung — 558
      - b) Fehlerhafte Binnendifferenzierung von Täuschung und Zwang — 559
      - c) Absurditätshörigkeit und Verstetigung konstruierter Wirklichkeiten — 562
      - d) Vernehmungstaktik in den USA — 564
      - e) Destruktion von Rollennormen und Erwartungskontingenz — 566

- f) Anwendung des § 136a StPO auf die Vorenhaltung der Beschuldigteneigenschaft — **567**
  - 3 Zwischenfazit: Kommunikationsverzerrungen als Vernehmungsrealität — **569**
  - III Sprache der Vernehmung — **571**
    - 1 Form der Mitteilung des Vorwurfs — **572**
    - 2 Inhalt des Vorwurfs — **573**
      - a) BGH NStZ 2012, 581: Fehlende Sensibilität für die Beschuldigteneigenschaft — **574**
      - b) Verknüpfung von Zeitpunkt und Inhalt der Beschuldigtenbelehrung — **577**
      - c) Zwischenfazit: Belehrung über den Tatvorwurf gleichbedeutend dem Zeitpunkt — **578**
    - 3 Zwischenfazit: Vernehmung als kommunikative Entmündigung und Wehrlosstellung — **578**
  - E Ergebnisse Abschnitt 4: Vernehmung als Paradigma der Ungleichheit — **580**
- Abschnitt 5: Selbstbeziehtigungsfreiheit und Unschuldsvermutung als kommunikative Gleichheitsrechte — **582**
- A *Nemo-tenetur* als Privileg „sich nicht um Kopf und Kragen zu reden“ — **582**
    - I Ableitungen aus bestehenden Kodifikationen — **585**
      - 1 Aus dem Grundsatz des fairen Verfahrens — **585**
      - 2 Aus grundrechtlichen Verbürgungen — **586**
        - a) Aus der Menschenwürde — **586**
        - b) Aus der informationellen Selbstbestimmung — **587**
      - 3 Aus der Unschuldsvermutung — **589**
      - 4 Als lediglich einfachgesetzliche Regel — **589**
      - 5 Funktionalistische Ansätze — **592**
        - a) Aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz — **593**
        - b) Aus der Trennung in Rechts- und Naturperson — **593**
        - c) Aus dem Wesen des Anklageprozesses — **596**
        - d) Aus kommunikationstheoretischer/funktions-autonomer Sicht — **597**
      - 6 Eigene Deduktion: Herleitung aus dem objektiv-rechtlichen Gehalt und der kommunikativen Autonomie — **598**
        - a) Ablehnung der Abwertung — **598**
        - b) Konzeption als funktionales Gegengewicht — **599**

- c) Eigener Ansatz: *Nemo-tenetur* als Recht auf „Herrschsfreiheit“ — 600
  - II Inhalt des *nemo-tenetur* Satzes — 601
    - 1 Aktive und passive Mitwirkung — 601
    - 2 Schweige- und Lügerecht — 602
    - 3 Steuerstrafverfahren — 604
    - 4 Eigener Ansatz: Das Privileg sich nicht „um Kopf und Kragen“ zu reden — 605
  - III Auswirkungen auf die Vernehmungssituation — 606
    - 1 Selbstbeziehungsfreiheit und informatorische Befragung — 606
    - 2 Spontanäußerung — 608
  - IV Zwischenfazit: *Nemo-tenetur* als Verstärker kommunikativer Autonomie — 609
- B Unschuldsvermutung als Inbegriff der Ausgeglichenheit — 610
- I Ausführungen in BGH NStZ 2012, 581ff. zu einem Beweisverwertungsverbot — 610
    - 1 Verkennung der Eröffnungspflichten durch hypothetische Kausalerwägungen — 611
    - 2 Schuldantizipation durch hypothetische Belehrungsverläufe — 612
  - II Herleitung der Unschuldsvermutung — 614
  - III Bedeutung und Inhalt der Unschuldsvermutung — 615
    - 1 Unstreitig: Unschuldsvermutung als Schutz vor Vorverurteilung — 615
    - 2 Streitig: Konkrete Auswirkungen auf das Verfahren — 616
      - a) Verfahrensdisziplinierung vs. Leerformel — 616
      - b) Unschuldsvermutung als Absicherung des Schuldprinzips — 618
      - c) Unschuldsvermutung als Schutz vor der Desavouierung des Verfahrens — 618
  - IV Fazit: Unschuldsvermutung als Schutz vor der Verzerrung der Verfahrensbalance — 620
- C Ergebnisse Abschnitt 5: *Nemo-tenetur* und Unschuldsvermutung als kommunikative Elemente der Balance — 621
- Abschnitt 6: Verdeckte Ermittlungen und Verfahrensabsprachen als Anwendungsfälle des Konzepts der kommunikativen Autonomie — 622
- A Weiterer Anwendungsfall des Konzepts kommunikativer Autonomie: Verdeckte Ermittlungen — 623

I	Der mögliche Umschwung durch EGMR Furcht/Deutschland — 624
1	Die Leitlinien des EGMR vor <i>Furcht</i> — 624
2	Der Umschwung in Furcht/Deutschland — 625
a)	Skepsis des BVerfG — 627
b)	Vorstoß des BGH — 628
3	Zwischenfazit: Neuer Wein in alten Schläuchen — 628
II	Einsatz Verdeckter Ermittler als Täuschung i.S.d. § 136a StPO — 629
1	Anwendbarkeit des § 136a StPO — 631
2	Nichtvorliegen unzulässiger Täuschung oder Zwangs — 632
III	Betrachtungen aus Sicht der kommunikativen Autonomie — 634
1	Die Nebelkerze vom „Lebensrisiko“ als Pseudo-Rechtfertigung — 636
2	Das Narrativ „notwendiger Auskundschaftung“ und die Erschaffung künstlicher Kriminalität — 637
a)	Romeo-Fälle als Perversion des Lebensrisikos — 639
b)	U-Haft-Spitzel als Perversion staatlicher Fürsorgepflichten — 640
c)	BtM-Fälle als Perversion der Straftataufklärung — 642
d)	Verdeckte Ermittlung im Internet als Perversion der Internetintegrität — 645
3	Schlussfolgerung: Verdeckte Ermittlung erzeugt Kriminalität durch Schaffung konstruierter Wirklichkeiten mittels kommunikativer Entmündigung — 647
4	Konsequenz: Verdeckte Ermittlung in bisheriger Form im Großteil rechtsstaatswidrig — 649
a)	Verdeckte Ermittlungen als rechtstaatswidrige Manipulation — 649
b)	Verdeckte Ermittler und V-Personen als Offenbarungseid der Kriminalprävention — 651
IV	Zwischenfazit: Verdeckte Ermittlung als Hemmnis der Verfahrensbalance durch Verhinderung kommunikativer Autonomie — 652
B	Weiterer Anwendungsfall des Konzept kommunikativer Autonomie: Verständigung/Absprachen/Deals — 653
I	Dämonisierung der Verständigung — 654
1	Fehlendes Verständnis des <i>plea bargaining</i> — 656
a)	Das <i>plea bargaining</i> im US-amerikanischen Modell — 657
b)	Kritik: Unzulässiger Druck und Verlust der Verfahrenswahrheit — 660
2	Angst vor dem Bedeutungsverlust der Hauptverhandlung — 662

- 3 Strukturelle, nicht grundsätzliche Ungeeignetheit des *plea bargaining* — 663
- 4 Verständigung in anderen Rechtsordnungen — 664
  - a) Tschechisches Modell — 664
  - b) Spanisches Modell — 665
  - c) Russisches Modell — 667
  - d) Schweizerisches Modell — 669
  - e) Französisches Modell — 670
  - f) Japanisches Modell — 671
  - g) Zwischenfazit: Verständigung ist Modell der Zukunft — 672
- II Kommunikative Deutung: Verständigung als Rollenproblem — 672
  - 1 Handel als natürlicher Vorgang — 673
    - a) Reziprozität als rollensoziales Richtigkeitskriterium — 674
    - b) Verständigung durch verständigungsorientiertes Handeln — 675
  - 2 Faktische Hindernisse der kommunikativen Deutung — 676
    - a) Zwang zum Konsens — 676
    - b) Verständigungsorientierung als Schuldantizipation — 677
  - 3 Gegeneinwand: Selbstbestimmung als höchste Form der Autonomie — 678
- III Zwischenfazit: Geregeltere Verständigung als Prototyp des angewandten Konzepts kommunikativer Autonomie — 679
- C Zusammenfassung Abschnitt 6 — 681

Abschnitt 7: Kommunikative Autonomie im Konflikt mit Wahrheit, Gerechtigkeit und Schuld — 683

- A Materielle Wahrheit/prozessuale Wahrheit/viable Wahrheit — 684
  - I Wahrheitssuche als Prämisse des Strafverfahrens — 685
    - 1 Wahrheit praktisch nicht erfahbar — 688
    - 2 Wahrheit und Wirklichkeit als pseudo-theologische Doktrin — 689
      - a) Wahrheit als Erkenntnissicherheit — 690
      - b) Wahrheit als Substitut der Unwissenheit — 691
    - 3 Rechtswissenschaft als Konstrukteurin von Wirklichkeiten zweiter Ordnung — 692
    - 4 Strafverfahrensmodell als Methode der Wirklichkeitskonstruktion — 695
      - a) Wahrheit der Verfahrenssysteme — 696
      - b) Identität der Wahrheiten? — 697

- c) Verfahrenswahrheit als *menschlich-prozedurale Wahrheit* — 700
- II Wahrheitsverständnisse im Rechtsvergleich — 700
  - 1 Wahrheitssuche in Österreich — 701
  - 2 Wahrheitssuche in der Schweiz — 702
  - 3 Wahrheitssuche in Frankreich — 704
  - 4 Wahrheitssuche in Italien — 705
  - 5 Wahrheitssuche in Spanien — 707
  - 6 Wahrheitssuche in England und Wales — 711
  - 7 Wahrheitssuche im US-amerikanischen Prozess — 714
  - 8 Wahrheitssuche in Russland — 715
  - 9 Wahrheitssuche in Japan — 717
  - 10 Zwischenfazit: Wahrheit als Leerformel mit ambivalentem Einschlag — 718
- III Alternative Wahrheitsmodelle: *Jaspers/Luhmann/Habermas/von Glaserfeld* — 718
  - 1 Friedensfunktion der Wahrheit (*Jaspers*) — 718
  - 2 Wahrheit als Mittel zum Zweck (*Luhmann*) — 719
  - 3 Kommunikatives Wahrheitsmodell (*Habermas*) — 722
  - 4 Radikal konstruktivistisches Wahrheitsmodell: *Viabilität* — 725
  - 5 Zwischenfazit: Unbestreitbare Vorteile intersubjektiver Näherungen — 726
- B Der strafprozessuale Zielkonflikt: Wahrheit, Gerechtigkeit, Rechtsfriede — 728
  - I Verknüpfung von Gerechtigkeit und Wahrheit — 729
    - 1 Wahrheit als Dienerin der Gerechtigkeit? — 729
    - 2 Gerechtigkeit als Dienerin des materiellen Rechts? — 730
    - 3 Rechtsfriede und Gerechtigkeit ohne Wahrheit: Das Leichenschmausbeispiel — 731
      - a) Gerechtigkeit statt Wahrheit — 731
      - b) Gemilderte Wahrheit statt Inquisition — 732
    - 4 Verknüpfung von Rechtsfriede und Gerechtigkeit — 733
  - II Unbeirrbarkeit der Rechtsprechung und von Teilen der Lehre — 735
    - 1 Keine Stringenz in der Dogmatik des Zielkonfliktes — 735
    - 2 Keine Lösung des Zielkonfliktes durch das „Verständigungsurteil“ — 737
    - 3 Keine Stringenz in der Gewichtung der Folgen — 738
  - III Zwischenfazit: Der Zielkonflikt als Konflikt ohne Ziel — 739
- C Das Verhältnis von Wahrheit und Schuld — 740

- I Schuld nicht fixierbar — 741
  - 1 Schuld zwischen Determinismus und Indeterminismus — 745
    - a) Freiheit des Willens als rechtliche Fiktion — 745
    - b) Freiheit des Willens als unlösbare Fiktion — 747
  - 2 Schuld zwischen Fiktion und Notwendigkeit — 748
    - a) Individuelle Schuld als Entscheidung „als ob“ (nach *Vaihinger*) — 748
    - b) Schutz vor dem reinen Präventionsrecht — 749
- II Verknüpfung von Schuld, richterlicher Überzeugung und Wahrheit — 750
  - 1 Fixe Symbiose aus Wahrheit und Schuld — 752
  - 2 Wahrheit und Schuld am Beispiel des Strafbefehlsverfahrens — 754
    - a) Einfallstor der Perseveranz — 755
    - b) Verwurzelte Konsensualität des Strafbefehls — 755
- III Modifizierter Schuldzbegriff — 756
  - 1 Schuld als iterative Verstetigung aus Wissen und Wollen (nach *Bung*) — 757
  - 2 Eigener Ansatz: Diskursiver Schuldzbegriff — 760
    - a) „Normative Ansprechbarkeit“ — 761
    - b) „Kommunikative Erreichbarkeit“ — 762
    - c) Diskursiver Schuldzbegriff als Konsequenz der kommunikativen Autonomie — 763
- D Fazit des Abschnitt 7: Kommunikative Autonomie als Füllsand des strafprozessualen Zielkonflikts — 764

## Gesamtergebnisse Teil 2 — 766

- I Rechtstheoretischer Unterbau der Gerechtigkeit und Gleichheit des Verfahrens — 766
- II Recht auf Beschuldigung als Recht auf Verfahrensbalance durch Stärkung der kommunikativen Autonomie — 768
- III Waffengleichheit als erster Baustein der Verfahrensbalance — 770
- IV Vernehmung als Paradigma der Ungleichheit — 772
- V Selbstbezichtigungsfreiheit und Unschuldsvermutung als kommunikative Freiheitsrechte — 774
- VI Verdeckte Ermittlungen und Verfahrensabsprachen als Anwendungsfälle des Konzepts der kommunikativen Autonomie — 775
- VII Kommunikative Autonomie und der strafprozessuale Zielkonflikt: Wahrheit, Gerechtigkeit, Rechtsfriede, Schuld — 777

**Teil 3 – Das Recht auf Beschuldigung *de lege ferenda* – Reformvorschläge zur Verbesserung der Verfahrensbalance durch Stärkung der kommunikativen Autonomie — 779**

**Abschnitt 1: Eine neue Beschuldigtendefinition – *eigener Ansatz* — 780**

**A Modifikation des Tatverdachts und Ablehnung des Inkulpationswillens — 781**

- 1 Tatverdacht als subjektives Kriterium — 782
  - a) Tatverdacht als Kriterium der Sinnhaftigkeit einer Maßnahme — 785
  - b) Entindividualisierter Tatverdacht als Kriterium der Beschuldigteneigenschaft — 788
- 2 Verfolgungswille als unnötiges und ungeeignetes Kriterium — 791
- 3 Der Beschuldigtenbegriff im Rechtsvergleich und Alternativvorschläge — 797
  - a) Beschuldigtenbegriff in der Schweiz — 797
  - b) Beschuldigtenbegriff in Österreich — 800
  - c) Beschuldigtenbegriff in Ungarn — 801
  - d) Beschuldigtenbegriff in Russland — 801
  - e) Beschuldigtenbegriff in Frankreich — 801
  - f) Beschuldigtenbegriff in der EU — 802
  - g) Beschuldigtenbegriff in der EMRK — 805
    - aa) Deweerd/Belgien — 806
    - bb) Güld/Deutschland — 808
    - cc) Faktisch-pragmatische Näherung des EGMR — 810
  - h) Der Vorschlag des AE-Ermittlungsverfahren — 811
  - i) Zwischenfazit: Inkulpationswille als deutsche Besonderheit — 813

**B Eigener Ansatz: Die verdachtsabhängig-faktische Beschuldigtendefinition — 813**

- I Rechtfertigung der verdachtsabhängig-faktischen Beschuldigtendefinition — 816
  - 1 Dogmatische Rechtfertigung der verdachtsabhängig-faktischen Beschuldigtendefinition — 817
  - 2 Rechtstatsächliche Rechtfertigung der verdachtsabhängig-faktischen Beschuldigtendefinition — 819
    - a) Lösung der „Grenzfälle“ mithilfe des verdachtsabhängig-faktischen Beschuldigtenbegriffs — 819
    - b) Entschlackung des Vernehmungsbegriffs — 821

- c) Stärkung der kommunikativen Autonomie — 821
  - II Zwischenfazit: Verdachtsabhängig-faktischer Beschuldigtenbegriff als Instrument der Verfahrensbalance — 822
  - C Zusammenfassung Abschnitt 1 — 822
- Abschnitt 2: Das Recht auf Beschuldigung *de lege ferenda – eigener Ansatz* — 823
- A Vorschlag für ein „Recht auf Beschuldigung“ in der StPO — 824
    - I Erläuterungen des § 157-E StPO — 826
    - II Aufspaltung des Rechts auf Beschuldigung in fünf Schutzbereiche — 826
      - 1 Recht auf Anerkennung des Beschuldigtenstatus — 827
      - 2 Recht auf Mitteilung und Registrierung des Beschuldigtenstatus — 828
        - a) Recht auf Mitteilung — 828
        - b) Recht auf Registrierung — 829
      - 3 Recht auf Beibehaltung und Aktualisierung des Beschuldigtenstatus (auch über nationale Grenzen hinweg) — 831
        - a) Recht auf Aktualisierung — 831
        - b) Recht auf Beibehaltung über nationale Grenzen — 832
      - 4 Recht auf Verfolgung eines Dritten als Beschuldigter — 833
      - 5 Recht auf Beschuldigung als Recht auf Verfahrensbalance — 835
    - B Überlegungen zur Rechtsnatur des „Rechts auf Beschuldigung“ — 835
      - I Dogmatische Einordnung des Rechts auf Beschuldigung — 836
      - II Dimensionen von Grund- und Menschenrechten — 838
        - 1 Klassische Dimension: *status negativus, positivus, activus und passivus* — 839
        - 2 Objektiv-rechtliche Wirkung und Grundrechte auf Verfahren — 840
      - III Nationale Grundrechte — 841
        - 1 Vorliegen der „klassischen Dimensionen“ — 842
        - 2 Schutzpflichtdogmatik — 843
      - IV EU-Grundrechte und Grundfreiheiten — 845
      - V Menschenrechte — 847
        - 1 Rechtsnatur der Menschenrechte — 848
        - 2 Wirkung und Dimensionen der Menschenrechte — 849
      - VI Einordnung des Rechts auf Beschuldigung in die Grund- und Menschenrechtsdogmatik — 853
    - C Zusammenfassung Abschnitt 2 — 854

Abschnitt 3: Reformvorschläge zur Verbesserung der Verfahrensbalance durch Stärkung der kommunikativen Autonomie —	<b>856</b>
A Vorzüge und Nachteile von Verfahrensreformen —	<b>857</b>
I Totalreform vs. Optimierung des <i>status quo</i> —	<b>858</b>
1 Alternativ-Entwürfe und Expertenkommissionen —	<b>859</b>
2 Suche im Tradierten statt Suche im Überkommenen —	<b>861</b>
II Reform der Einzelstadien vs. Reform des Gesamtprozesses —	<b>862</b>
B Kurzfristige Optimierungen —	<b>863</b>
I Optimierung polizeilicher Ermittlungsarbeit —	<b>864</b>
1 Ausbildung der Beamten —	<b>864</b>
a) Föderalismus und Fehlerquellen —	<b>865</b>
b) Investition in die „Polizeiwissenschaft“ —	<b>866</b>
2 Abhilfe: Fehlerkultur als Chance —	<b>868</b>
3 Zwischenfazit: Verhinderung polizeilicher Fehler durch verbesserte Fehlerkultur —	<b>869</b>
II Einführung der audiovisuellen Beschuldigtenvernehmung —	<b>871</b>
1 Parabel vom Videobeweis: „Ein Fussballspiel im Willkürstadion“ —	<b>872</b>
2 Bewegung in der Diskussion um die audiovisuelle Vernehmung —	<b>873</b>
a) Videodokumentation <i>de lege lata</i> —	<b>875</b>
b) Vorschlag des AE-Beweisaufnahme —	<b>877</b>
3 Kritik an der audiovisuellen Vernehmung —	<b>881</b>
a) Einwände der Polizei —	<b>882</b>
b) Einwände der Richterschaft —	<b>884</b>
c) Zwischenfazit: Fadenscheinigkeit der Argumentation —	<b>885</b>
4 Eingriffe in Rechtspositionen des Beschuldigten —	<b>886</b>
a) Freiheit von „Dokumentiertsein“ —	<b>887</b>
b) Freiheit vor Selbstbelastung —	<b>888</b>
c) Lösung: Belehrung und Einwilligung —	<b>889</b>
5 Zusammenfassung: Audiovisuelle Vernehmung als Notwendigkeit —	<b>890</b>
III Anwalt der ersten Stunde —	<b>891</b>
1 Rechtsbeistand und Waffengleichheit —	<b>891</b>
a) Beistand als Element der Waffengleichheit —	<b>892</b>
b) Widrigkeiten der Verteidigerstellung —	<b>893</b>
c) Mythos der „Konfliktverteidigung“ —	<b>895</b>
2 Anwalt der ersten Stunde: Theorie und Praxis —	<b>897</b>
a) Pflichtverteidigerbestellung in Deutschland —	<b>898</b>
b) Europäische und menschenrechtliche Vorgaben —	<b>901</b>

- aa) Legislativakte zur Stärkung der Verteidigung — 901
  - bb) Stärkung der europäischen Anwaltschaft — 903
  - cc) Menschenrechtliche Vorgaben — 904
- 3 Reformvorschläge aus Deutschland — 906
- a) Ansicht der BRAK — 906
  - b) AE-Ermittlungsverfahren — 907
  - c) Expertenkommission zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des allgemeinen Strafverfahrens und des jugendgerichtlichen Verfahrens — 908
- 4 Regelungen im Ausland — 908
- 5 Überlegungen aufgrund der Wichtigkeit der kommunikativen Autonomie — 910
- 6 Zusammenfassung: Anwalt der ersten Stunde als notwendiges Element der Verfahrensbalance — 912
- C Mittelfristige Optimierungen — 913
- I Reform des Ermittlungsverfahrens — 914
- 1 Reformvorschläge — 916
    - a) Alternativ-Entwurf Ermittlungsverfahren (2001) — 916
      - aa) Allgemeiner Teil der StPO — 917
      - bb) Modifikation der Ermittlungsbefugnisse — 918
      - cc) Stärkung der Leitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft — 919
      - dd) Ermittlungsverfahrensrichter — 920
      - ee) Bewertung der Vorschläge des AE-EV — 921
    - b) Gutachten C zum Deutschen Juristentag (2004) — 921
      - aa) Modifikation des Ermittlungsrichters — 922
      - bb) Stärkung der Staatsanwaltschaft — 923
      - cc) Bewertung der Vorschläge Satzgers — 925
  - 2 Ergebnis: Kompensation des Bedeutungszugewinns des Ermittlungsverfahrens — 926
- II Eindämmung heimlicher, informationstechnologisch gedeckter und verdeckter Ermittlungen — 927
- 1 Zerstörung der Verfahrensbalance — 928
    - a) Zwischen Kontrollzwang und Kontrollillusion — 929
    - b) Zwischen Verdacht, Gefahr und Risiko — 930
    - c) Zwischen Kontrollzwang und Kontrollangst — 931
  - 2 Heimliche Ermittlungen im Rechtsvergleich — 932
    - a) Heimliche Ermittlungen in der Schweiz — 932
    - b) Heimliche Ermittlungen in Frankreich — 933

- c) Heimliche Ermittlungen im Unionsrecht und im Völkerstrafrecht — **934**
  - 3 Reformvorschläge — **935**
    - a) Erhöhung des erforderlichen Verdachtsgrades — **935**
    - b) Richtervorbehalte und Beweisverwertungsverbote — **936**
    - c) Aktivierung des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung — **937**
    - d) Reaktivierung der Beschuldigtendefinition — **939**
      - aa) Korrekte Anwendung der Beschuldigtendefinition — **939**
      - bb) Wahrung der kommunikativen Autonomie — **940**
  - 4 Zwischenfazit: Heimliche Ermittlungen i.w.S. konterkarieren die Rechtsstaatlichkeit der Strafverfolgung — **941**
- III Reform des Zwischenverfahrens — 942**
- 1 Ablauf und Zweck des Zwischenverfahrens — **944**
  - 2 Reformvorschläge — **945**
    - a) Aufwertung durch eigene Funktion — **945**
    - b) Problem der Bindungswirkung — **947**
  - 3 Zwischenfazit: Patt zwischen Stärkung und Schwächung — **948**
- IV Reform des Hauptverfahrens — 948**
- 1 Aktenkenntnis und wahrnehmungspyschologische Verfälschungen — **949**
    - a) Vermeidung von Personenidentitäten auf Entscheiderseite — **949**
    - b) Reihenfolge von Verfahrenshandlungen entgegen der Verzerrungswirkung — **950**
  - 2 Kommunikative Elemente der Beweisaufnahme — **951**
  - 3 Einführung eines Tat- und Schuldinterlokuts — **953**
    - a) Grundlagen — **953**
    - b) Einschätzung der Expertenkommision — **954**
    - c) Eigene Bewertung — **955**
  - 4 Hinwendung zum Parteienprozess — **956**
    - a) Rituelle Ablehnung des adversatorischen Modells — **957**
    - b) Instruktionsmaxime als Auslöser der Dysbalancen — **960**
      - aa) Rechtstheoretische Grundlagen — **961**
      - bb) Reformvorschlag von *Kelker* — **963**
    - c) Inquisition als Widerpart der Verfahrensbalance — **964**
      - aa) Inquisitionsmodell vs. Adversationsmodell: Der „Showdown“ — **965**
      - bb) Rückwärtsgewandtheit der Praxis — **966**

cc) Zuwendung zur „dosierten Wahrheitssuche“ in partizipatorischem Gewand — 969
5 Fazit: Adversation als ein Weg von vielen — 969
D Langfristige Optimierungen: <i>Die neue Demut des Verfahrens</i> — 970
E Zusammenfassung Abschnitt 3 — 971
Gesamtergebnisse Teil 3 — 975
I Modifikation der Beschuldigtendefinition — 975
II Das Recht auf Beschuldigung <i>de lege ferenda</i> — 976
III Optimierungen des <i>status quo</i> und Reformvorschläge — 978
<b>Teil 4 – Schlussbetrachtungen — 982</b>
Literaturverzeichnis — 992
<b>Sachregister — 1071</b>